

Kita-Vorlage: Bund soll sich beteiligen

Betreuung Wer sein Kind in die Kita schickt, soll monatlich mindestens 100 Franken pro Betreuungstag und Kind erhalten. Der Nationalrat ist am Dienstag grösstenteils auf die Linie des Ständerats umgeschwenkt. Die Finanzierung der neuen Förderung überlässt das Parlament dabei den Kantonen, wie das bereits heute bei den Familienzulagen der Fall ist. Die Kosten werden somit über Arbeitgeber-, aber auch Arbeitnehmerbeiträge gedeckt – für den Bund entstehen keine zusätzlichen Kosten.

Allerdings hat sich im Nationalrat eine Mehrheit dafür ausgesprochen, dass trotzdem Bundesgelder fliessen sollen. Anders als der Ständerat besteht die grosse Kammer auf den sogenannten Programmvereinbarungen. Dabei geht es um maximal 200 Millionen Franken innert vier Jahren. Damit soll etwa der Ausbau an Plätzen unterstützt werden.

Unter anderem mit dieser Differenz geht das Geschäft nun zurück in den Ständerat. Dort waren diese Programmvereinbarungen in der Wintersession noch sehr knapp abgelehnt worden. Der jetzige Vorschlag soll als indirekter Gegenvorschlag zur Kita-Initiative dienen. Diese fordert, dass die Kosten für die externe Kinderbetreuung maximal zehn Prozent des Einkommens der Eltern betragen dürfe. Im Komitee ist Bundesrätin Elisabeth Baume-Schneider. Allerdings noch aus ihrer Zeit als Ständerätin. (mg)